

Hinweise zur Datenverarbeitung zu Mandatsbeginn gem. Art 13 und 14 DSGVO

Ich mache diese Hinweise allgemein zugänglich und referenziere im Rahmen der Mandatserteilung auf diese.

1. Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung nach Maßgabe der DSGVO

Verantwortlicher im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO:

Rechtsanwalt Frank Ehrsam

Hohenzollernring 23, 22763 München

Email-Adressen/Websites:

kontakt@frank-ehrsam.de

www.frank-ehrsam.de

Telefon: +49 (0)40-2093 2099-5

FAX: +49 (0)40-2093 2099-9

Mobilnummer +491716****99

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

2.1. Datenminimierung (Art. 5 Abs. 1 Buchstabe c DSGVO)

Ich erhebe in verschiedenen Phasen der Mandatsbeziehung jeweils nur in dem Umfang personenbezogene Daten,

- wie es zur Absicherung meiner eigenen Rechtspositionen (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO),
- zur ordnungsgemäßen Erfüllung meiner beruflichen Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO)
- zur ordnungsgemäßen Erfüllung mir obliegender rechtlicher Verpflichtungen (z.B. steuerliche oder standesrechtliche Dokumentationspflichten; Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c DSGVO)

zweckdienlich ist. Mandatsbeziehung erfasst alle von mir eingegangenen Dienst- oder Werkleistungen, seien es anwaltliche Rechtsbesorgungen, Coachings, Sparrings, Mentorings, Trainings, Vorträge, Seminare oder vergleichbare Tätigkeiten.

Dabei unterscheide ich von vornherein, ob ich personenbezogene Daten erhebe

- im Rahmen einer Mandatsanbahnung, die aufgrund einer Anfrage eines potentiellen Mandanten erfolgt (Art. 5 Abs. 1 Buchstabe b. 2. Alternative DSGVO)
- im Rahmen eines bestehenden Mandatsvertrags (Art. 5 Abs. 1 Buchstabe b. 2. Alternative DSGVO).

Voraussetzung für einen Mandatsvertrag ist die Einwilligung der Mandanten, dass ich alle personenbezogenen Daten erheben, speichern und verarbeiten kann, die zu einer pflichtgemäßen Mandatsbearbeitung erforderlich sind (Art. 5 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO). Diese Einwilligung erfasst auch qualifizierte personenbezogene Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DSGVO.

Mit Respekt auf Ihr Selbstbestimmungsrecht ist diese Einwilligungserklärung an das Ende dieser mir rechtlich aufgegeben Aufklärung gesetzt.

Eine ordnungsgemäße Betreuung eines Mandats setzt die zweckmäßige Verarbeitung und Speicherung aller erforderlichen Daten voraus. Deswegen bedeutet die Ausübung des dem Mandanten zustehenden Rechts des Einwilligungswiderrufs nach der DSGVO die gleichzeitige Beendigung jeglicher Mandatsbeziehungen, weil eine sachgerechte Interessenvertretung ohne moderne Datenverarbeitungsmöglichkeiten heute nicht mehr möglich ist.

Da dies eine vertragliche und keine der DSGVO und aus ihr entspringende Festlegung ist, weise ich in diesem datenschutzrechtlichen Rechtstext darauf hin. Die Regelung ist in der Rahmenabrede zur Datenverarbeitung deutlich hervorgehoben beinhaltet.

Nach Ende eines Mandats lösche ich diejenigen Teildaten der mir übermittelten personenbezogenen Daten, die ich nicht auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchstaben c, e und f DSGVO speichern darf; insbesondere bzgl. qualifizierter Daten im Sinne von Art. 9 DSGVO werde ich dabei stets die Einzelfallabwägung im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO vornehmen.

2.2. Speicherbegrenzung (Art. 5 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO), Integrität und Vertraulichkeit (Art. 5 Abs 1 Buchstabe f DSGVO)

Die DSGVO verlangt, dass personenbezogene Daten „in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist“.

Die DSGVO verlangt weiter, dass personenbezogene Daten „in einer Weise verarbeitet werden, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen“.

Ich speichere keine mandatspezifischen personenbezogenen Daten unverschlüsselt. Ich verwende im Projektregister und in allen der eigenen Arbeitsorganisation dienenden technischen Lösungen und Applikationen nur Nachnamen und arbeite ich im Arbeitstitel nur mit Projektnummer und Kurzbezeichnung (z.B. 2018-194 Mustermann/Gegner wg. Kündigung). Ich pseudonymisiere einzelne Dokumente, Dateinamen und

auch als Scan-Datei generierte Notizen weitest möglich. Ohne weitergehenden Zugriff (etwa durch unrechtmäßige Entwendung meines Laptops, dazu siehe sogleich) ist durch diese Pseudonymisierung eine Rückverfolgung und Identifikation des Mandanten sowie der Angelegenheit, über die ein Mandat besteht, enorm unwahrscheinlich.

Alle mandatsbezogenen Daten werden unter Einsatz von Boxcryptor verschlüsselt. Informationen zu dieser hochsicheren Datenverschlüsselung finden Sie unter [Boxcryptor.com](https://boxcryptor.com). Der von mir verwendete Laptop von Apple ist mit aktiviertem Firevault-System versehen. Passwörter für meine Accounts oder Applikationen, die ich nutze, sind sofern softwareseitig möglich, mindestens 14 Zeichen lang und mit mindestens einem Sonderzeichen versehen – <https://howsecureismypassword.net/> gibt einen Eindruck über die Sicherheit.

Auf von mir verwendeten iOS-Geräten und den entsprechenden Kommunikationsapplikationen führe ich ausschließlich Adressdaten aus denen geschlussfolgert werden kann, dass wir uns kennen. Die Geräte sind zugangsgeschützt. Bei einem Angriff auf meine Nutzungsaccounts kann ein unrechtmäßig agierender Dritter lediglich Daten erhalten, die auch beim Hack von Geräten privater Kontakte erreicht werden könnten. Ich speichere keine Bankdaten außerhalb meiner hochverschlüsselten Arbeitsumgebung oder meinen Bankapplikation. Ich speichere keine Steuerinformationen (Steuernummer oder Steuer-ID) außerhalb meiner Buchhaltung und meiner hochverschlüsselten Arbeitsumgebung.

2.3. Rechtmäßige Verarbeitung (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO) im Rahmen der Zweckbindung (Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b DSGVO)

Der Zweck und der Umfang der Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten ergibt sich aus dem Mandatsgegenstand und den mit dem Mandanten anlässlich eines Mandats abgeschlossenen Mandatsvertrag und etwaiger Vergütungsvereinbarungen.

2.3.1. Umfang und Widmung der Datenerhebung

Wenn Sie mich mandatieren, erhebe ich ab Mandatsanbahnung für die Dauer rechtlich maßgeblicher Fristen (z.B. Verjährung, Archivierung) folgende Informationen auch für eigene Belange:

- Anrede, Titel, Vorname, Nachname
- Eine gültige Email-Adresse
- Zustellungsfähige Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk) und ggf. Faxnummer
- ab Mandatierung alle zur ordnungsgemäßen Abrechnung erforderlichen Informationen

Wenn Sie mich mandatieren, erhebe ich außerdem zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Mandatsvertrags Informationen, die für

- die Prüfung
 - die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind
- Die Erhebung all dieser Daten erfolgt also insgesamt,
- um Sie als unsere/n Mandanten/in identifizieren zu können;
 - um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
 - zur Korrespondenz mit Ihnen;
 - zur Rechnungsstellung;
 - zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass die gesetzliche Aufbewahrungsfrist für Anwälte 6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde beträgt und ich Daten bis dahin speichere. Danach werden die Daten gelöscht, es sei denn, dass ich nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 2 S. 1 lit.a DSGVO eingewilligt haben.

2.3.2. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die

- Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte)
- sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte.

Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden; zugleich unterliegen die sämtlichen Dritten nicht meinem Einflussbereich; werden mir (mögliche) Verstöße gegen eine zweckgebundene Verwendung bekannt, informiere ich Sie zügig.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

2.3.3. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;

- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

2.3.4. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an kontakt@frank-ehrsam.de.

Hamburg im Januar 2020